

## VOR 25 JAHREN

## «Arme» Gemeinden benachteiligt

spi. Während Schwyz unter den Kantonen die zweitgünstigste Steuerbelastung in der Schweiz aufweist, schneidet unser Stand beim innerkantonalen Vergleich weniger gut ab. Mit 39 Prozent Steuergelände zwischen der steuergünstigsten Gemeinde Wollerau und den Ausgleichsgemeinden figuriert der Kanton Schwyz gesamtschweizerisch im hintersten Drittel.

Aus dem «Boten» vom 10. Oktober 1990

## Wichtiger Vorentscheid für neues Casino Schwyz

spi. Noch dieses Jahr fällt ein wichtiger Vorentscheid für den Casinoneubau in Schwyz. Der Gemeinderat möchte nämlich rund 15 000 Quadratmeter Land in der Wohnzone im Rubiswil zu einem Vorzugspreis an die Firma Victorinox AG verkaufen. Diese würde 150 Wohnungen erstellen und sie 20 Prozent unter dem üblichen Mietpreis vermieten. Als Gegenleistung würde die Gemeinde zusätzlich die Liegenschaft Elsener an der Strehlgasse in Schwyz gratis erhalten. Damit käme die Gemeinde in den Besitz des fast ganzen Areals für die Casino-Gesamtüberbauung. Die StimmbürgerInnen können am 2. Dezember an der Urne zu diesem Geschäft Stellung nehmen.



Das alte Seewener Schulhaus.

Foto: Antoinette Spichtig

## 4,8 Mio für schöneres altes Schulhaus Seewen

spi. 90 Jahre hat das alte Schulhaus in Seewen bei der alten Kapelle schon auf dem Buckel. Später wurde der Komplex noch durch einen Anbau ergänzt, in dem sich die Turnhalle und ein Kindergarten befinden. Seither wurde baulich an diesem Schulhaus nicht mehr viel gemacht. Die Gemeinde Schwyz steht vor der letzten grossen Schulhaus-Sanierung. Mit einem Aufwand von 4,8 Mio Franken soll das alte Schulhaus Seewen renoviert werden. Der Kanton wird Subventionen von 800 000 Franken leisten.

## Neues vom Bezirk per TV ins Haus?

sc. Was vor einigen Jahren noch utopisch klang, ist heute bereits Wirklichkeit. Erstmals wird das Kabelfernsehen im Bezirk Küssnacht als Informationsmittel für die örtliche Zivilschutzorganisation eingesetzt. Seit Montag können sich Kabelfernseh-Benützer im Bezirk auf einem Sonderkanal zuhause in Text, Bild und Ton über den Zivilschutz informieren. Noch Zukunftsmusik, aber vielleicht bald einmal Realität, ist die Idee des Bezirksrates, Mitteilungen aus dem Rathaus per Kabel in die Haushaltungen zu senden.

## Sattel: sechs Rinder getötet

ie. Rabenschwarzes Pech hatte gestern Dienstag nachmittag ein Sattler Landwirt. Sechs währschafte Rinder wurden ausgangs Sattel nach einer unübersichtlichen Kurve auf dem Bahngelände von einem Schnellzug der Südostbahn erfasst. Zwei Tiere wurden sofort getötet, vier weitere mussten notgeschlachtet werden. Personen kamen bei diesem folgenschweren Zwischenfall nicht zu Schaden, hingegen gab es für die Reisenden der SOB einige Verspätungen.

Aus dem «Boten» vom 17. Oktober 1990



Die privaten Mittelschulen im Kanton Schwyz (im Bild das Gymnasium Immensee) sollen weiterhin kantonale Beiträge erhalten. Dafür soll das Schulgeld an den kantonalen Mittelschulen entfallen, verlangt zumindest die SP.

Archivbild Edith Meyer

# SP will das Schulgeld streichen

**KANTON** Der Besuch von kantonalen Mittelschulen soll künftig gratis sein. Das verlangt die SP im Rahmen der Revision des Mittelschulgesetzes.

RUGGERO VERCELLONE

Die privaten Mittelschulen im Kanton Schwyz sollen künftig vom Kanton pro Schüler aus dem Kanton Schwyz 19 500 Franken erhalten. Dafür soll das Schulgeld von 500 auf 700 Franken erhöht werden. So lautet im Grossen und Ganzen der Kompromiss-Vorschlag des Regierungsrates zu den drastischeren Beitragskürzungen, die im Rahmen der Sparvorschläge umgesetzt worden waren. Dieser Vorschlag wird von den

privaten Mittelschulen akzeptiert. Im Grundsatz wird dieser pauschale Beitragssatz auch von den Parteien getragen, wie aus der soeben abgeschlossenen Vernehmlassung hervorgeht.

## Für Chancengleichheit

Die SP nimmt die Revision des Mittelschulgesetzes zum Anlass, um ein altes Anliegen erneut vorzubringen. Sie fordert, dass die Finanzierung der privaten Mittelschulen ohne Erhöhung der Mittelschulgelder erfolgen soll. Die vorgeschlagene Erhöhung um 200 Franken stelle nämlich eine Erhöhung um 40 Prozent dar. Und die Partei geht noch einen Schritt weiter: An den kantonalen Mittelschulen sollen überhaupt keine Schulgelder erhoben werden, «weil Mittelschulgelder die Chancengleichheit beeinträchtigen».

Zudem bleibe die Finanzierung der privaten Mittelschulen intransparent. Es könne nicht sein, dass bei den öffent-

lichen Mittelschulen Angebote eingeschränkt oder abgebaut würden, während die privaten Mittelschulen nicht zuletzt auch dank der Kantonsbeiträge solche Leistungen weiterführten und sich somit Vorteile erschafften. Deshalb will die SP, dass die privaten Mittelschulen ihre Rechnung veröffentlichen und dem Kanton das Recht einräumen, diese Rechnungen zu prüfen.

## Detaillierte Herleitung fehlt der SVP

Während die CVP alle Revisionsvorschläge des Regierungsrates begrüsst, äussern sich SVP und FDP etwas kritischer zur regierungsrätlichen Vorlage.

Eine pauschale Abgeltung der Schülerkosten an den privaten Mittelschulen ohne detaillierte Herleitung kommt für die SVP nicht infrage. «Ein Definieren der Höhe dieser Pauschale kann und darf nicht analog einer Kaufverhandlung auf einem Basar stattfinden», moniert die SVP. Das müsse der Regierungsrat

noch nachliefern. Zudem sei absolute Transparenz bei den Selbstkostenzusammenstellungen sowie auf den Einnahmenseiten der privaten Mittelschulen notwendig. Die Abgeltung an private Mittelschulen habe sich an der Kostenstruktur der öffentlichen Mittelschulen zu orientieren. Die SVP sei nämlich nicht bereit, «das Überangebot an privaten Infrastrukturen im Kanton Schwyz mit öffentlichen Geldern abzugelten».

Für die FDP geht die «Mini-Teilrevision» zu wenig weit. Die Partei anerkennt und unterstützt zwar die «vordringliche Anpassung des Beitragssystems». Leider fehlt laut FDP aber ein umfassendes Gesamtkonzept, das im Hinblick auf einen Wettbewerb unter den Schwyzer Mittelschulen zukunftsfähig und richtungweisend sein könnte. Ohne Gesamtkonzept würden die Diskussionen über die Mittelschullandschaft schwierig bleiben.

# Steinen gehen die günstigen Varianten aus

**STEINEN** Die Gemeinde braucht dringend weitere Unterkünfte für Asylsuchende. Es kommt wohl zur Volksabstimmung.

ANDREA MÜLLER

Schon im August informierte die Gemeinde Steinen über ihre Notlage bei der Unterbringung von Asylsuchenden. Auch zwei Monate später hat sich die Situation nicht verändert. Im Gegenteil: «Wir suchen aktuell dringend Wohnraum für drei Personen, die wir nicht aufnehmen können», sagt Gemeinderat Robert Schuler. Obwohl im Sommer zwei weitere Wohnungen bezogen werden konnten, reicht der Platz nicht aus.

## Wie weiter im «Kaplanenhaus»?

Zusätzlich belastend ist, dass bei der grössten bestehenden Unterkunft unsicher ist, wie lange sie noch zur Verfügung stehen wird. Das «Kaplanenhaus» bietet seit rund zwanzig Jahren Platz für zirka 18 Personen. «Die Liegenschaft gehört der Pfarrei, und wir wissen nicht, ob sie in absehbarer Zeit saniert wird», so Schuler.

## Kosten für Container angefragt

Die einfachen und kostengünstigen Varianten seien bald ausgeschöpft. Wie Schuler sagt, sei absehbar, dass eine grössere Investition für die Unterbringung der Flüchtlinge bevorstehe. «Infrage kommen noch gemeindeeigene Lagerräume, die wir zu Wohnungen umbauen können.» Und als letzte



Das Areal des alten Zeughauses kommt für den Gemeinderat als einziger Standort für eine neue Asylunterkunft infrage.

Bild Andreas Seeholzer

Lösung prüfe die Gemeinde derzeit eine Containeranlage: «Wir haben Unterlagen für die Kosten von Containern eingeholt», bestätigt der Gemeinderat.

Weil diese Investition relativ teuer wäre, käme es zu einer Volksabstimmung. Gemäss Schuler liegen die Kosten für einen Container mit Platz für zwei bis vier Personen bei rund 30 000

Franken. Insgesamt würde die Unterkunft inklusive Erschliessung über 75 000 Franken kosten und wäre damit ein Sachgeschäft, das vors Volk muss. Als Standort komme einzig das Areal des alten Zeughauses infrage.

## Standort ist entscheidend

Zu einer Abstimmung wird es wohl so oder so kommen, denn auch die

Umnutzung der Lagerräume käme auf über 75 000 Franken zu stehen.

Schuler ist überzeugt, dass der Standort bei einer Abstimmung stark ins Gewicht fallen würde. «Eine Unterkunft im Dorfkern würde wohl eher abgelehnt», sagt er.

Steinen ist gemäss neuem Verteilungsschlüssel verpflichtet, 34 Asylsuchende aufzunehmen. Zuvor waren es 23.